

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Ringvorlesung zu

„Hamburgs Familienunternehmen“

Die Handelsmetropole Hamburg wird seit Jahrzehnten vom wirtschaftlichen Handeln der dort ansässigen Familienunternehmen geprägt. Sie sind seit Generationen erfolgreich, leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität der Hansestadt und engagieren sich auf vielfältige Weise auch für gesellschaftliche Belange. Das Hamburger Institut für Familienunternehmen (HIF) führt im Sommersemester 2013 gemeinsam mit der Historiker-Genossenschaft eine Ringvorlesung zu „Hamburgs Familienunternehmen“ an der Universität Hamburg durch. Die Vortragsreihe findet jeweils dienstags ab 18 Uhr im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, im Hörsaal C statt. Sie beginnt am Dienstag, den 9. April 2013, mit einem Vortrag zum Thema „Familienunternehmen: Faszination und Bedeutung für Hamburg“, gehalten von Herrn Professor Strunk und Herrn Professor Prigge (beide HIF). Nach der zweistündigen Veranstaltung möchten die Organisatoren die Anwesenden zu einem Get-Together einladen, um sich mit den Referenten und den weiteren Teilnehmern auszutauschen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, die kostenfreie Ringvorlesung zu besuchen. Nähere Informationen zur Veranstaltungsreihe erhalten Sie auf der Homepage des HIF unter: www.hhif.de/veranstaltungen. HH

IN DIESER AUSGABE

Zur Ökonomie von Klimawandel und Anpassung

Seite 1/2

Chancen, aber auch Risiken für Aufschwung in Deutschland

Seite 3

HWWI Thüringen: Erfolgreicher Start des Modellprojektes

ThürReg

Seite 4

UMWELT UND KLIMA

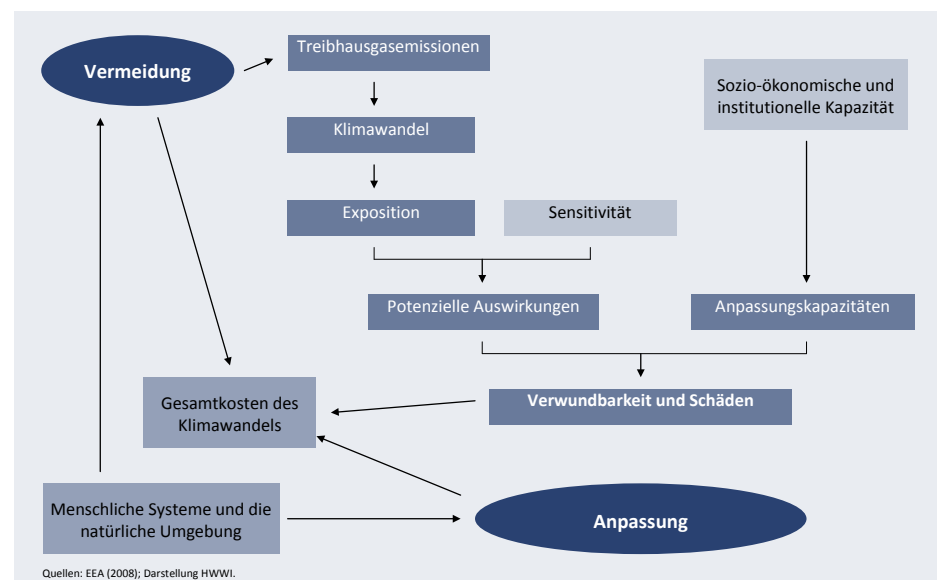
Zur Ökonomie von Klimawandel und Anpassung in Hamburg

Nach herrschender wissenschaftlicher Meinung sind der Klimawandel und einige seiner Folgen mittlerweile nicht mehr abzuwenden. Neben dem weiter vorhandenen Bedarf zum Schutz des Klimas ergibt sich damit auch eine zunehmende Notwendigkeit zur Anpassung an den Klimawandel. Von Julia Kowalewski und Sven Schulze

Die wissenschaftliche Debatte zur Klimaanpassung dauert zwar schon etwas länger an, hat zuletzt aber gemessen an der Anzahl an Publikationen sehr an Dynamik gewonnen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Zahl und des Umfangs entsprechender Forschungsprojekte. Das politische Interesse an diesem Bereich hat sich aber erst in den letzten Jahren verstärkt. Dies hat sich zum Beispiel in einer wachsenden Bedeutung der Klimaanpassung bei den UN-Klimakonferenzen, einem EU-Weißbuch zu diesem Thema und der Verabschiedung einer Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) niedergeschlagen. Auch die deutschen Bundesländer widmen sich mittlerweile verstärkt der Problematik, indem regionale Klimafolgen identifiziert und

daraufhin Anpassungsstrategien entworfen werden.

Die Stadt Hamburg hat hier ebenfalls Aktivitäten ergriffen und in diesem Zusammenhang das HWWI gemeinsam mit dem Berliner Ecologic Institut beauftragt, ein Gutachten zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels und den Kosten der Anpassung für Hamburg zu erstellen. Die Aufgabenstellung des Gutachtens bestand darin, wichtige ökonomische Ergebnisse zu den Handlungsfeldern der Hamburger Anpassungsstrategie zusammenzutragen, ausgewählte Fallstudien zu bearbeiten und Handlungsempfehlungen auszusprechen. Im Folgenden werden einige wichtige Gesichtspunkte kurz zusammengefasst.



Die Abbildung auf Seite 1 verdeutlicht zunächst allgemein die Zusammenhänge zwischen der Vermeidung von CO₂-Emissionen, also dem Klimaschutz, und der Anpassung an den Klimawandel. Der Klimaschutz dient dazu, den Klimawandel und dessen Konsequenzen beziehungsweise Schäden einzudämmen. Diese hängen wiederum nicht nur vom Ausmaß des Klimawandels ab, sondern auch davon, wie gut sich Akteure oder Volkswirtschaften hierauf einstellen können oder wollen. Die Kosten für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sowie für Restschäden ergeben dann die Gesamtkosten des Klimawandels. Der Rest des Beitrages geht auf die möglichen Folgen des Klimawandels, denkbare Anpassungsmaßnahmen und deren jeweilige Kosten ein.

Ausgaben für die Anpassung an den Klimawandel haben gegenüber Klimaschutzaufwendungen den Vorteil, dass der Nutzen dem Investor unmittelbarer zugutekommt. In diesem Sinne ist der Klimaschutz ein globales öffentliches Gut, wohingegen die Klimaanpassung als regional privates Gut anzusehen ist. Unter Anpassung wird hierbei die Antwort von natürlichen oder menschlichen Systemen auf aktuelle oder erwartete Klimaänderungen oder ihre Effekte verstanden, womit Schäden reduziert oder aussichtsreiche Gelegenheiten genutzt werden. Anpassung kann von Unternehmen und Haushalten, also privat, durchgeführt oder staatlich geplant werden. Für den Staat ergibt sich vor allem Handlungsbedarf, wenn Marktversagen vorliegt oder die Versorgungssicherheit, Verteilungsfragen sowie eine Begleitung und Initiierung der privaten Anpassung betroffen sind.

Die für Hamburg relevanten Handlungsfelder für die Klimaanpassung wurden im Jahr 2009 im sogenannten fachlichen Orientierungsrahmen abgegrenzt. Dort wurden auch die jeweils zu erwartenden Klimafolgen aufgeführt. Die einzelnen Handlungsfelder sind: Küsten- und Hochwasserschutz; Wasserwirtschaft; Landwirtschaft, Boden- und Naturschutz; (Hafen-)Wirtschaft, Energie, Tourismus;

Stadt- und Bauleitplanung, Grünflächen, Infrastruktur; Menschliche Gesundheit und Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungsdienst.

Eine Auswertung der verfügbaren Literatur hat gezeigt, dass die Informationslage zu den Kosten des Klimawandels sowie den Kosten von Anpassungsmaßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern sehr unterschiedlich ist. Während in den Bereichen der Landwirtschaft, der Wasserwirtschaft oder des Küsten- und Hochwasserschutzes relativ umfangreiche Kenntnisse vorliegen, sind die Ergebnisse in Bereichen wie beispielsweise der menschlichen Gesundheit rar. Darüber hinaus beziehen sich viele Untersuchungen auf die nationale oder die EU-Ebene, so dass sich daraus kaum Empfehlungen für lokale und regionale Entscheidungsträger ableiten lassen. Deshalb empfiehlt sich häufig eine fallweise Untersuchung von Anpassungsmaßnahmen im regionalen Kontext.

Im Projekt wurden einige Fallstudien bearbeitet, die exemplarisch potentielle Kosten des Klimawandels diejenigen von Anpassungsmaßnahmen gegenüberstellen. Im Einzelnen wurden Fallstudien für die Handlungsfelder Wasserwirtschaft, Bauen, Landwirtschaft und Katastrophenschutz erstellt. Grundsätzlich konnte jeweils verdeutlicht werden, dass Kosten-Nutzen-Analysen für die Planung von Anpassungsmaßnahmen gute Anhaltspunkte liefern können. Ihre Grenzen bestehen allerdings darin, dass die Ergebnisse empfindlich gegenüber getroffenen Annahmen sein und die langen Zeithorizonte der Analyse zu einer großen Bandbreite von Resultaten führen können. Dies hat auch damit zu tun, dass Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Klimafolgen und ihres Ausmaßes bestehen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen aber, dass sich ein Gründachprogramm tendenziell als interessante Anpassungsmaßnahme erweist, die zudem mit positiven Nebeneffekten verbunden ist. Darüber hinaus dürfte eine zunehmende Häufigkeit oder Intensität von Starkregenereignissen zwar größere

Schäden mit sich bringen, jedoch wäre hier vornehmlich private anstelle staatlicher Anpassung erforderlich. Sofern staatliche Maßnahmen durchgeführt würden, wäre eine private Kostenbeteiligung zu befürworten.

In Übereinstimmung mit Erkenntnissen aus Vorgängeruntersuchungen hält auch das vorliegende Gutachten Anpassungsmaßnahmen für sinnvoll, wenn sie bereits kurzfristig Nutzen stiften, positive Nebeneffekte für andere Zielsetzungen haben, beispielsweise im Klima- oder Naturschutz, irreversible Schäden vermieden werden oder langfristige Investitionen zur Diskussion stehen. Dabei sollten sich Anpassungsmaßnahmen möglichst komplementär zueinander verhalten, handlungsfeldübergreifend wirken und robust gegen unerwartet veränderte Rahmenbedingungen sein. Anpassungsmaßnahmen bedürfen dabei einer regionalen Beurteilung, Planung und Umsetzung. Ihre Bewertung sollte im Einzelfall und unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen und Besonderheiten erfolgen. Hierfür liegen etablierte Methoden wie Kosten-Nutzen- oder Multi-kriterien-Analysen vor, deren Herausforderungen in Bezug auf Prämissen, benötigte Daten und Zeitaufwand sich Anwender jedoch vorab im Klaren sein sollten. Als zentrale Probleme der Anpassung an den Klimawandel verbleiben stets der Umgang mit Unsicherheiten und die Frage nach der Bewertung und Priorisierung von Anpassungsmaßnahmen und -strategien. Deshalb wird die Anpassung an den Klimawandel eine (politische) Daueraufgabe bleiben, die einer regelmäßigen Evaluierung und einer verlässlichen Informationsbasis bedarf.

GEMEINSCHAFTSSTUDIE

Grünig, M.; Kowalewski, J.; Schulze, S.; Stiller, S.; Tröltzsch, J. (2012): Gutachten zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels und Kosten der Anpassung für Hamburg, Studie im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg (BSU), Hamburg.
 Download der Studie unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/3815154/data/gutachten-oekonomischen-folgen-des-klimawandels.pdf>

Chancen, aber auch Risiken für Aufschwung in Deutschland

Nach konjunktureller Abschwächung im Laufe von 2012 ist das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal spürbar gesunken. Die deutsche Wirtschaft ist damit mit einem negativen Überhang von -0,3 % ins Jahr 2013 gestartet. Hauptgrund für den Abschwung war die sich ausbreitende Rezession im Euroraum, der sich auch die deutsche Wirtschaft nicht entziehen konnte. *Von Jörg Hinze*

Die Exporte gingen denn auch im Jahreschlussquartal, vor allem wegen des Nachfrageeinbruchs aus dem Euroraum, stark zurück. Das dämpfte auch weiterhin die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Trotz der Konjunkturschwäche wurde die Beschäftigung sogar noch ausgeweitet. Bei zugleich stärker als die Inflation steigenden Löhnen haben so die privaten Konsumenten ihre Nachfrage noch leicht erhöht.

Da die Unternehmen, wie schon in der vergangenen Finanz- und Wirtschaftskrise, bestrebt sind ihre Beschäftigung aufrecht zu erhalten und die Löhne real zuzunehmen, bleibt der private Konsum weiterhin ein stabilisierendes Element. Zuletzt haben überdies die Auftragseingänge aus dem Ausland, auch aus der Eurozone, sowie wichtige Frühindikatoren wieder angezogen. Auch scheint die Konjunktur in anderen Regionen der Welt wieder etwas an Dynamik zugelegt zu haben. Das alles spricht dafür, dass die deutsche Wirtschaft sich zu Beginn dieses Jahres wieder stabilisiert und die Abwärtsentwicklung nicht weiter fortgesetzt hat.

Die Eurokrise ist trotz gewisser Beruhigung nicht überwunden. Die Finanzpolitik hat in vielen Mitgliedsländern noch einiges zu tun, in einigen Ländern hat sich das Reformtempo eher wieder verlangsamt. Die EZB hat aber durch ihre Geldpolitik, nicht zuletzt durch die Ankündigung Draghis alles zur Rettung des Euro Erforderliche zu tun, zunächst die Risiken hinsichtlich der Eurokrise verringert. Die Bankenkrise in Zypern oder die nach der Wahl in Italien instabile politische Lage könnten die Krise aber wieder neu beleben. In den USA hatte Obama zwar noch vor kurzem angekündigt, dass die notwendige Konsolidierung zunächst hinter einer Besserung des Arbeitsmarkts zurückstehen soll,

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt ¹	-5,1	4,2	3,0	0,7	0,5	1,7
Private Konsumausgaben	0,1	0,9	1,7	0,6	0,7	1,1
Konsumausgaben des Staates	3,0	1,7	1,0	1,4	1,2	1,0
Anlageinvestitionen	-11,6	5,9	6,2	-2,5	-0,2	2,7
Ausrüstungen	-22,5	10,3	7,0	-4,8	-1,7	5,3
Bauten	-3,2	3,2	5,8	-1,5	0,5	0,3
Sonstige Anlagen	-2,9	3,3	3,9	3,1	3,3	5,0
Inlandsnachfrage	-2,5	2,6	2,6	-0,4	0,7	1,6
Ausfuhr	-12,8	13,7	7,8	3,7	2,8	6,4
Einfuhr	-8,0	11,1	7,4	1,8	3,5	6,6
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätige	0,1	0,6	1,4	1,1	0,4	0,5
Arbeitslose (Mill. Personen)	3,41	3,24	2,98	2,90	2,89	2,70
Arbeitslosenquote ² (in %)	7,8	7,4	6,7	6,5	6,5	6,1
Verbraucherpreise	0,3	1,1	2,1	2,0	1,6	2,2
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	0,0	0,4
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	5,9	6,0	5,7	6,3	6,0	5,9

¹ Preisbereinigt. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen : Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; ab 2013: Prognose des HWWI.

doch die nach den gescheiterten Etatverhandlungen automatischen Ausgabenkürzungen dämpfen die Konjunktur dort.

Die Rezession im Euroraum dürfte zunächst noch andauern, aber auch hier zeichnet sich ein Nachlassen der kontraktiven Einflüsse ab. Zudem haben die Überseeregionen, wo sich die Konjunktur insgesamt wieder gefestigt hat, inzwischen größeres Gewicht an der Auslandsnachfrage, so dass im Laufe dieses Jahres von außen insgesamt wieder positive Impulse kommen dürften. Das wird auch die Binnennachfrage stützen. Die Unternehmen dürften ihre Investitionszurückhaltung allmählich aufgeben und die Beschäftigung in der zweiten Jahreshälfte wieder aufzustoßen beginnen. Das und merkliche Tariflohnerhöhungen stützen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die große Nachfrage nach Immobilien lässt eine Fortsetzung der regen Wohnungsbautätigkeit erwarten. Sicherlich darf von alledem angesichts des nach wie vor schwachen konjunkturellen Umfelds im Euroraum kein rasanter Aufschwung, aber doch eine moderate Erholung erwartet werden.

Alles in allem überwiegt für 2013 die Hoffnung auf eine Besserung der Konjunktur in Deutschland. Stabilisiert sich im Jahresverlauf auch die Wirtschaft im Euroraum dürfte die deutsche Konjunktur allmählich an Tempo gewinnen. Im Durchschnitt von 2013 wird das Wirtschaftswachstum wegen des gedrückten Jahresanfangsniveaus aber mit 0,5 % etwas geringer als 2012 (0,7 %) sein. Die Arbeitslosigkeit wird sich in der zweiten Jahreshälfte dann wieder verringern, im Jahresdurchschnitt mit 2,9 Mill. Personen etwa so hoch wie im Vorjahr sein. Inflationsrisiken bestehen bei dieser Konjunkturentwicklung nicht; die Preissteigerungsrate auf der Verbrauchstufe dürfte unter der 2-Prozent-Marke liegen. Wird die beschriebene Entwicklung der Wirtschaft nicht durch ein Wiederaufflackern der Eurokrise oder durch eine durch die Haushaltsprobleme in den USA ausgelöste Rezession gestört, könnte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland im nächsten Jahr fortsetzen; dann wäre 2014 ein Wirtschaftswachstum zwischen 1 ½ und 2 % möglich. Zunehmende Anspannungen am Arbeitsmarkt könnten dann bei Löhnen und Preisen den Druck verstärken.

HWWI Thüringen: Erfolgreicher Start des Modellprojektes ThürReg

Wie können Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose in bedarfsdeckende stabile Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden? Wie lässt sich eine verbesserte Berufsorientierung der Schüler erreichen und der Fachkräftebedarf in einer vom demographischen Wandel betroffenen Region sichern? Wie kann die Identifikation von innovativen Clustern für mehr Beschäftigung genutzt werden? Von Johannes Jaenicke

Im Juli des vergangenen Jahres ist am Thüringer Standort des HWWI in Erfurt ein neues Projekt aus dem Bereich Arbeitsmarkt- und Regionalökonomie erfolgreich an den Start gegangen. Das Modellprojekt „ThürReg: Ein Modellprojekt zur Förderung von Innovation und Beschäftigung in Thüringer Regionen“ hat es sich zum Ziel gesetzt, empirisch fundierte Werkzeuge zu entwickeln, die die Vermittlung von Arbeitssuchenden in bedarfsdeckende Beschäftigung unterstützen und einen effektiven Arbeitnehmer-Arbeitgeberservice erlauben.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Ernst-Abbe-Stiftung, des Landkreises Schmalkalden-Meiningen sowie der Freunde und Förderer des HWWI gefördert und durch die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen, die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung, die IHK Südthüringen, die Regionaldirektion in Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit und weitere Kooperationspartner unterstützt. Die Universität Erfurt begleitet das Projekt wissenschaftlich und mit der Fachhochschule Schmalkalden findet eine enge Zusammenarbeit statt.

Der Landkreis Schmalkalden-Meiningen übernahm auf Vorschlag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie als neu zugelassener kommunaler Träger (Optionskommune) seit dem 1. Januar 2012 die Grundsicherung für Arbeitssuchende in eigener Verantwortung. Hiervon verspricht sich der Landkreis eine effiziente Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Bedingungen und Besonderheiten.

Optionskommunen sind stärker auf ihre Region ausgerichtet als die gemeinsam von der Kommune und der Bundesagentur für Arbeit getragenen Jobcenter. Daraus ergeben sich Vor- und Nachteile, wie aus der Evaluierung der Experimentierklausel nach § 6c SGB II deutlich wird (vgl. Deutscher Bundestag 2008, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht zur Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, Drucksache 16/11488). Optionskommunen sind gut in der Lage, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitssuchenden zu erhöhen und besitzen zudem Vorteile darin, Arbeitssuchende in nicht-bedarfsdeckende Arbeit zu vermitteln. Allerdings weisen sie im Bundesdurchschnitt eine um 3,8 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, Arbeitssuchende in bedarfsdeckende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Dieser Vermittlungsnachteil wird im Evaluierungsbericht mit durchschnittlich 756 Euro je Bedarfsgemeinschaft und Jahr beziffert. Er verteilt sich auf Mindereinnahmen bei der Einkommenssteuer (zu 15%) und den Sozialversicherungsbeiträgen (zu 58%) und Mehrausgaben im Bereich Arbeitslosengeld II (zu 27%).

Als der Landkreis Schmalkalden-Meiningen als Optionskommune die Grundsicherung in Eigenregie übernahm, waren 4.438 Bedarfsgemeinschaften zu betreuen. Wenn bundesdurchschnittliche Vermittlungsnachteile angenommen werden, summiert sich dieser auf mehr als 3 Mio. Euro.

Ziel der wissenschaftlichen Unterstützung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen durch das Modellprojekt „ThürReg“ ist es, mögliche Vermittlungsnachteile auszuglei-

chen, indem der Matchingprozess auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessert wird. Dies soll durch eine empiriegeleitete Arbeitnehmerentwicklung erreicht werden. Die individuell zu erfassenden Bildungs- und Erwerbsbiographien werden genutzt, um die älteren Arbeitssuchenden und Langzeitarbeitslosen durch eine empirisch fundierte Maßnahmenauswahl, die eine erhöhte Erfolgswahrscheinlichkeit verspricht, beruflich zu qualifizieren und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu stärken. Daneben steht die Frage, wie für junge Erwachsene der Übergang von Schule in das Berufsleben gut gelingt. Hierzu werden umfangreiche Bildungs- und Erwerbsbiographien der Bundesagentur für Arbeit und des Nationalen Bildungspanels ergänzend durch qualitative Interviews der Betroffenen in der Region ausgewertet. Unterstützt durch die FH-Schmalkalden und die IHK Südthüringen wird der branchenspezifische künftige regionale Arbeitskräftebedarf abgefragt. Mit Daten des Deutschen Patent- und Markenamtes wird die geographische Verteilung der Erfindungsaktivitäten in der Region lokalisiert, um die Gewinnung von wettbewerbsfähigen und innovativen Unternehmen zu unterstützen.

Neben der Integration von älteren Erwerbslosen und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt und der Begleitung der nachhaltigen Berufsorientierung von Schulabgängern steht also die Stärkung der regionalen Wirtschaft vor dem Hintergrund des demographischen Wandels im Fokus des Forschungsvorhabens.

Kontakt: erfurt@hwwi.org

Offizielle Projekt-Website: <http://www.thuereg.de>
(im Aufbau, Zugriff ab April 2013)